

Vertrieb 5114
8. März 70 Wg.
nachdem alle
Befugnisse der
Eingekommen des
Blattes 15 W.
Verpflichtungswerte
gleich, mit Aus-
nahme der Sonn-
- und Feiertage, in
den 15. W. Gewalt
auf Befehl der
Verwaltung.

Gründet 1877.



Ein 10spaltige Zeile
über deren Raum
40 W. Die An-
zeige über den
Raum 1 W.
Einzelpreis eines
Auftrags 10 W.
Bei Wiederholun-
gen entsprechend
Redukt. Bei ge-
richtl. Eintreibung
u. Konturten 10 W.
Redukt. möglich.

Verantwortl. 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 85 Druck und Verlag in Altkreis. Dienstag, den 13. April Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Deutsche Nationalversammlung. Reichstanzler Müller über den französischen Einbruch.

Berlin, 12. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Reichstanzler Müller: Der Präsident hat jedoch mit Recht Protest erhoben gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Entente.

Reichstanzler Müller: Der Präsident hat jedoch mit Recht Protest erhoben gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Entente. Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Wir mühen einmarschieren, ohne die Einwilligung Frankreichs... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

England und Italien scheinen das einzusehen. Allerdings wird es... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Der Fall Frankreich-Deutschland muß aufhören. Frankfurt... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Morgen: Anfragen, Beforderung der Erklärung der Regierung... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Der Ueberfall der Franzosen. Vorläufig halt gemacht.

Die deutsche Regierung hat, wie amtlich mitgeteilt wird... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Die Franzosen sind vorläufig nicht weiter vorgeedrückt. In den letzten Tagen wurden in Frankfurt 60 Personen... Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Die „Basler Nationalzeitung“ berichtet aus Paris, die Note des englischen Kabinetts an die französische Regierung sei viel schärfer, als in den Blättern mitgeteilt wurde. Es sei wohl begreiflich, daß in Paris die Note maßloses Entsetzen und große Entrüstung hervorrief, denn sie sei so gehalten, daß sie wohl niemals der Öffentlichkeit mitgeteilt werden könne.

Die Antwort Millerands.

Paris, 12. April. Sabas verbreitet: In der von Frankreich der britischen Regierung übermittelten Note stellt die französische Regierung fest, daß über die Aufrichtigkeit ihrer Haltung kein Zweifel bestehen könne. Die französische Regierung habe immer erklärt, gegen den Einmarsch weiterer deutscher Truppen in das neutrale Gebiet zu sein, und ihr Verlangen auf Befreiung weiterer deutscher Städte sei auch von der deutschen Regierung als berechtigt anerkannt worden.

Paris, 12. April. Millerand wird heute vor der Abgeordnetenkommission für Auswärtiges gehört werden; morgen wird er vor der Kammer über die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und England Erklärungen abgeben.

Der „Temps“ sagt, in Paris wisse man nichts von der Entsendung einer internationalen Mission nach dem Ruhrgebiet, die feststellen solle, daß die Truppenzahl, die dort operiere, nicht höher sei als die durch Protokoll vom August 1919 zugestandene Stärke.

Die Stellung der Verbündeten.

London, 12. April. Das Reutersche Bureau erfährt, in der Antwortnote der britischen Regierung sei darauf hingewiesen, daß die Verbündeten immer noch mit der mit dem Bündnis unvereinbaren Möglichkeit rechnen müssen, daß Frankreich seine Unternehmungen auf eigene Faust fortsetze. Die Lage müsse geklärt werden und bis in diesen Punkt eine völlige Verständigung erzielt sei, werde der englische Botschafter in Paris keiner Sitzung der Botschafterkonferenz mehr beiwohnen, in der über Abmachungen bezüglich Deutschlands beraten werde.

Rom, 12. März. Mit wenigen Ausnahmen verurteilt die italienische Presse die französische Besetzung in Deutschland; keiner der Verbündeten werde Frankreich darin unterstützen.

Washington, 12. April. Wilson benachrichtigte die englische und italienische Regierung, die Vereinigten Staaten halten es für erforderlich, bei der französischen Regierung einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen. Die Ruhe Europas sei durch Frankreich gefährdet und Wilson hoffe auf die tatkräftige Unterstützung der beiden Mächte, damit durch das französische Vorgehen keine weiteren Entwicklungen entstehen.

Das wahre Gesicht Frankreichs.

W.B. Berlin, 12. April. (Amtlich.) In einer Besprechung höherer franz. Offiziere des Okkupationsgebietes, die am 9. April in Mainz stattfand und die der Deutschland gegenüber zu befolgenden Politik galt, wurden folgende Richtlinien aufgestellt, die in Uebersetzung wiedergegeben werden:

Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Revancheebenen der deutschen Militärfaste geschützt sind. Wohl ist die Befreiung des linken Rheinufer von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektor, und einigen sonstigen Kapitalzentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein groß fundierter Reichtum Preußens. Deshalb müßte dem Bufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufer angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgebung, das Ruhrgebiet und die Düsseldorf-Industrie umfaßt.

Jede Verlegenheit Deutschlands ist dazu zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erlangen. Da sich England nicht allzusehr von der Küste engagieren will und wir die Nachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, solange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger bedrückt als England, Amerika und Japan. Inwieweit Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Elsaß-Lothringen stark entgegenzukommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgebrängt. Deutschland wäre am besten in fünf bis sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen und zwar 1) Bayern, Baden und Württemberg, 2) Rheinische Republik mit beiden Ufern, 3) dem Norden: Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansestädte sind dann belanglos, 4) Thüringen und Sachsen, alle Industriezentren als mitteldeutsche Republik, 5) Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teile Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien u. Budapest. Insbesondere ist die innere Unmöglichkeit der Koalitionsregierung, die die Gegensätze vom Zentrum bis zum Mehrheitssozialismus umfaßt und damit gegen die adeligen Offiziere und Beamtenreaktionäre zu kämpfen hat, so zu benutzen, sowohl positiv wie negativ.

Im Bande mit dem schwererkränkten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrags einmarschieren und uns festsetzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. P. D. für uns interessieren als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung und ihnen glauben machen, daß ihr Elend von Berlin kommt, damit sie gegen Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierte dort einrücken. Bis dahin ist der rechte Flügel besetzt und administrativ betrubigt. Haben wir aber die beiden Flügel, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt wie aus einer Fange uns von selbst zu und damit wäre die Rheinische Republik geschaffen, aber auf beiden Seiten des Rheins. Der Generalstreik ohne U. S. P. D. und Bürgerliche ist in der Rheinischen Republik unmöglich, besonders unter dem Belagerungszustand. Er fällt auf die Mehrheitssozialisten und evtl. die Demokraten zurück. Zielbewußte, kluge Politik setzt uns in ein bis zwei Jahren in den Besitz dessen, was Hoch will, nämlich die militärische Rheingrenze mit starken Brückenköpfen ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unserer Alliierten.

